



Dr. Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Naziaufmarsch in Pinneberg verhindern

Pinneberg, 6. Juni 2009

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir wollen keine gewaltbereiten Schlägertrupps,

die Hass sähen,

Teile der Bevölkerung rassistisch ausgrenzen

und ein Klima der Angst und des Schreckens verbreiten.

Nicht hier in Pinneberg - und auch nicht anderswo in Deutschland!

Unser Losung heißt: Nazis raus!

Den Nazis sagen wir:

Wir wollen euch nicht auf unseren Straßen sehen,

wollen eure fremdenfeindlichen Plakate nicht

und wir wollen auch eure menschenverachtende Propaganda in den
Parlamenten nicht hören!

Und gerade im Superwahljahr 2009, mit Europa, Landtags- und
Bundestagswahlen betone ich:

Keine Stimme für die Neonazis! Keine Stimme für Hass und Gewalt!

Nazis haben in den Parlamenten nichts zu suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Knapp 14.000 rechtsextremistisch motivierte Delikte hatte Deutschland im letzten Jahr zu verzeichnen.

Das war ein Viertel mehr als im Vorjahr.

733 Menschen sind dabei verletzt worden, ein Drittel mehr als im Vorjahr.

Mittlerweile werden in Deutschland Tag für Tag mindestens zwei rechtsradikale Gewalttaten aktenkundig.

Und längst nicht alle Taten werden polizeilich gemeldet!

Die Nazis marschieren wieder. So haben sie am 1. Mai geplant Gewerkschaftskundgebungen angegriffen - auch im nahen Itzehoe;

und in Dortmund habe ich selbst miterleben müssen, wie Nazis unseren Demonstrationszug attackiert haben!

Ich sage: Neonazi-Aufmärsche, die Inszenierungen der NPD im sächsischen Landtag oder Skinhead-Übergriffe sind Anlass genug zu handeln.

Schließlich sind die im Grundgesetz garantierten demokratischen Rechte kein Freibrief, Aufmärsche faschistischer Gruppen zu legalisieren und fremdenfeindliche Propaganda zu dulden.

Ideologie und Taten der alten und der jungen Nazis, sind und bleiben verbrecherisch - und Verbrechen werden auch durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit nicht geschützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Nun hat das Verwaltungsgericht das ursprüngliche Aufmarschverbot für die Neonazis aufgehoben.

Es ist ein Skandal, dass diese offene rassistische Hetze heute hier stattfinden darf!

Ich sage: Solche neonazistischen Umtriebe dürfen nicht rechtens sein – sie gehören verboten!

Es darf nicht sein, dass antidemokratische Naziparteien, militante Schlägertrupps und Faschisten rechtlichen Schutz genießen und durch die Straßen unserer Städte marschieren dürfen.

Deshalb sage ich: Wir brauchen ein Verbot der Naziparteien!

Nehmen wir die NPD: Bereits im ersten Verbotsverfahren wurde belegt: die NPD will die Demokratie beseitigen und eine Diktatur errichten.

Unverhohlen führt sie die Traditionslinie des Nationalsozialismus fort.

Menschenverachtend tritt sie als rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Partei auf.

Und sie arbeiten systematisch mit gewaltbereiten Neonazis zusammen.

Das zeigt auch der Anlass, aus dem wir uns heute hier versammelt haben:

Thomas Wulff, der den Naziaufmarsch angemeldet hat, ist NPD-Mitglied und Gründer des Neonazi-Aktionsbüro-Norddeutschland.

Er will mit gewaltbereiten so genannten „freien Kameradschaften“ durch diese Stadt marschieren.

Das ist ein Beispiel mehr für die enge Verquickung von faschistischen Schlägertrupps und den scheinbaren Biedermännern der NDP in den Parlamenten.

Es ist unerträglich, dass die NPD öffentliche Gelder aus der Wahlkampfkostenerstattung erhält und den grundgesetzlichen Schutz einer politischen Partei genießt!

Das Verbot und die konsequente Auflösung der NPD mitsamt ihren Gliederungen,

Neben- und Nachfolgeorganisationen ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Rechtsextremismus und zur Festigung der Demokratie!

Ich fordere die Politik auf, handeln Sie endlich!

Ich mahne allerdings nachdrücklich: Ein Verbot von Parteien ist nur ein Teil der Lösung des Problems.

Die politischen, sozialen und ideologischen Rahmenbedingungen, die immer wieder neonazistisches und rassistisches Gedankengut hervorbringen ändert man mit einem Verbot nicht.

Ein wesentlicher Nährboden für Rechtsextremisten ist die wachsende soziale Unsicherheit.

Vielfach schafft bereits die Furcht vor sozialem Abstieg das Ausmaß an Zukunftsängsten und Minderwertigkeitsgefühlen, an denen Neofaschisten politisch ansetzen.

Rechtsextreme präsentieren sich als Vorkämpfer für Arbeitsplätze,

als Vertreter der kleinen Leute und der Opfer der neoliberalen Politik der letzten Jahre.

Sie greifen scheinbar soziale Missstände auf und geben sich, wie im Fall der Autonomen Nationalisten, ein sozialrevolutionäres Outfit und eine antikapitalistische Rhetorik.

Hier ist Aufklärung nötig:

Die Nazis sind keine sozial engagierten Saubermänner!

Und sie sind keine Anwälte der kleinen Leute.

Statt Lösungen für die sozialen Probleme in unserem Land zu entwickeln, präsentieren sie künstliche Gegensätze zwischen den Menschen,

fordern eine Sozialpolitik nur für Deutsche

und blasen zum Angriff auf Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte.

Wir sehen das wahre Gesicht, die hässliche Fratze des Faschismus hinter der sozialen Maske und sagen Nein!

Nein zu den alten und den jungen Nazis, nein zu den faschistischen Trittbrettfahrern der Sozialfrage!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

In Zeiten wachsender sozialer Gegensätze und rassistischer Angriffe brauchen wir ein breites antifaschistisches Bündnis und die Entwicklung einer Gegenkultur.

Einer Gegenkultur, die allerdings nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Wenn die Mittel für Jugendarbeit gekürzt oder gänzlich gestrichen werden,

wenn die Gesellschaft immer weniger Mittel für Schule und Ausbildung aufwendet,

wenn Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden,

wenn ein Klima der sozialen Angst und der Verunsicherung herrscht,

wenn der Sozialstaat zurechtgestutzt werden soll,

dann entstehen Räume in der Gesellschaft, die von rechten Gruppen und rechter Propaganda gefüllt werden können.

Die Arbeit an einer antifaschistischen Gegenkultur verlangt also mehr als bloße Appelle und vollmundige Erklärungen.

Sie beginnt mit einer Auseinandersetzung mit den historischen Wurzeln des deutschen Faschismus.

Sie stellt dem Rassismus die Völkerfreundschaft und der Ausgrenzung die Solidarität entgegen.

Sie stärkt die Schwachen und erklärt sich mit den Bedrängten und Bedrohten solidarisch.

Sie findet sich nicht ab mit Massenarbeitslosigkeit, sondern setzt darauf allen Menschen eine lebenswerte berufliche und soziale Perspektive zu eröffnen.

Sie investiert in soziale Sicherungssysteme und verteidigt den Sozialstaat als historische Errungenschaft.

Sie setzt klare Grenzen und tritt entschieden für das Verbot der Naziparteien und jeglicher Nazipropaganda ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die IG Metall stand und steht für eine solche Politik.

Wir sehen uns im Einklang mit:

Antifaschistinnen und Antifaschisten;

mit vielen jungen Menschen, die sich gegen Krieg, Hunger und Ausbeutung engagieren;

mit Menschen, die für soziale Gerechtigkeit, politische Toleranz und internationale Solidarität eintreten –

in Parteien, Kirchen oder Sozialverbänden.

Unsere Losung heißt:

Bunt statt braun - für eine solidarische, gerechte, demokratische und tolerante Gesellschaft.

Keine Toleranz für die Intoleranz – Nazis raus!